



KLARTEXT VON MARKUS GÄRTNER

Der Verlierer der Präsidentendebatte sind die deutschen Medien

Die Berichte deutscher Medien über die US-Politik, Donald Trump und den laufenden Wahlkampf lassen – gelinde gesagt – sehr zu wünschen übrig. Das zeigen auch die Meldungen und Kommentare heute über die letzte Debatte in der vergangenen Nacht zwischen Donald Trump und seinem Herausforderer Joe Biden in Tennessee, wenige Tage vor der Wahl...



Video-Restream: Coronainfo-Tour aus Bamberg, Jena und Dessau

Einen Tag vor der Querdenken-Demo anlässlich des WHO-Gipfels in Berlin macht die Coronainfo-Tour mit Bodo Schiffmann, Samuel Eckert, Wolfgang Greulich und Ralf Ludwig heute wieder in drei Städten Halt.

Es ging los um 11 Uhr in Bamberg (Video hier) mit zwei „Special Guest“ – Karl Graf von Stauffenberg, Nachfahre des Hitler-Attentäters, und Michael Ballweg -, dann hielt der Tourbus um 15 Uhr in Jena (Video hier) und die Abendveranstaltung mit abschließender feierlicher Nationalhymne und Handylichtern fand um ca. 19 Uhr in Dessau (Video hier) statt.

Aktuelle Infos zu den jeweiligen Tour-Stationen gibt es auf coronainfo-tour.de.

Alle Kundgebungen der Coronainfo-Tour werden LIVE auf dem dlive-Kanal von Samuel Eckert, aber auch von diversen Youtubern vor Ort übertragen.

Wir wünschen gute Unterhaltung und viel Erkenntnisgewinn!



Gießen: Araber schlägt mit Staubsaugerrohr auf Passanten ein

Streifen der Polizeistation Gießen-Nord überwältigten am 19. Oktober einen 24-Jährigen. Der hatte mit einem Staubsaugerrohr auf ein Auto sowie auf ein Pärchen eingeschlagen. Gegen 19.40 Uhr erreichten die Polizei die ersten Notrufe aus der Ederstraße. Ein Mann, so die Mitteiler, schlug mit einem Metallrohr auf einen geparkten Audi ein. Als die erste Streife eintraf lief der Mann in arabischer Sprache schreiend auf die Kollegen zu. Aufforderungen stehen zu bleiben und das Metallrohr fallen zu lassen ignorierte er. Letztlich löste einer der Polizisten mehrere Sprühstöße aus seinem Pfefferspray in Richtung des Angreifers aus und die Streife überwältigte den Mann. Auch beim Anlegen der Handschellen wehrte sich der 24-Jährige. Kurz darauf machten sich eine Frau und ein Mann bei den Ordnungshütern bemerkbar. Die 26-Jährige war in ihrer Wohnung durch laute Schläge und Schreie vor dem Haus auf den 24-Jährigen aufmerksam geworden. Gemeinsam mit ihrem 22-jährigen Bruder wollten sie den Mann zur Rede stellen. Bereits im Treppenhaus kam ihnen der 24-Jährige entgegen und schlug unvermittelt mit dem Staubsaugerrohr auf beide ein. Sie wehrten die Angriffe ab, letztlich floh der Angreifer wieder aus dem Haus auf die Straße und wurde kurz darauf festgenommen. Die Zeugin trug Prellungen, ihr Bruder Prellungen und Schnittverletzungen davon. Die Schnittverletzungen am Oberarm und an den Fingern mussten später ärztlich behandelt werden. Der 24-Jährige mit Wohnsitz in Gießen musste mit auf die Wache am Berliner Platz. Nach der Identitätsfeststellung wurde er wieder entlassen. Anzeichen für einen Alkohol- oder Drogenkonsum gab es nicht. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Sachbeschädigung.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen“, in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln“. Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrassen“ bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „Ostdeutschland zu weiß ist,“. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin“ präsentiert.

Dortmund: Aktuell eine schwere Zeit durchlebt nach eigenen Angaben ein 40-jähriger Mann aus Schmallenberg. Der türkische Staatsangehörige soll am 20. Oktober grundlos einen Bahnmitarbeiter angegriffen und diesen als „Scheiß Deutschen“ betitelt haben. Anschließend schloss er sich in der Zugtoilette ein. Gegen 8 Uhr wurden Bundespolizisten zum RE 57 im Dortmunder Hauptbahnhof gerufen. In dem Zug sollte es zu einem Angriff auf einen Bahnmitarbeiter gekommen sein. Vor Ort erklärte der 59-jährige Triebfahrzeugführer des RE 57, dass er nach Halt des Zuges im Hauptbahnhof von dem 40-jährigen Schmallenberger grundlos und mit den Worten: „Scheiß Deutscher“ angegriffen worden sei. Den Angriff konnte er abwehren und wurde so nur leicht verletzt. Anschließend habe sich der Mann auf der Zugtoilette eingeschlossen. In dieser nahmen ihn Einsatzkräfte auch fest und brachten ihn zur Wache. Dort erklärte der 40-Jährige, dass er aktuell eine schwere Zeit durchleben würde. Wie weitere Ermittlungen ergaben, befindet sich der Mann derzeit wegen der Corona-Pandemie in einer Strafunterbrechung und hat nach dieser noch eine 19-tägige Haftstrafe wegen Sachbeschädigung zu verbüßen. Gegen

den polizeibekanntem Mann leitete die Bundespolizei ein Strafverfahren wegen Körperverletzung ein.

München: Bingöl berichtet, dass sie am Gollierplatz im Westend in den Bus der Linie 63 gestiegen seien. Wenig später sei eine auffällig laute Gruppe eingestiegen, unter ihnen einer mit der türkischen Fahne auf der Jacke, der habe eine Bierflasche in der Hand gehabt. Rasch sei von der Gruppe eine aggressive Atmosphäre ausgegangen. Ercik trug einen Schal in den kurdischen Farben, gelb, grün rot, so sei er wohl als Kurde erkannt worden. Einer der Türken habe demonstrativ die Fahne auf der Jacke geküsst und einen nationalistischen Slogan gesprochen. Ercik und Bingöl versichern, selbst passiv und deeskalierend reagiert zu haben; die anderen hätten gepöbelt, der mit der Fahne zugeschlagen. Als Ercik den Fahrer gebeten habe, die Polizei zu rufen, habe er einen weiteren Schlag abbekommen, ins Gesicht. Die Kurden erinnern sich an weitere Schläge, an den Tumult und hysterisches Schreien der Passagiere. Kurz danach, der Bus hatte nach der Donnersbergerbrücke gestoppt, seien die Täter geflohen. Nach ihnen sucht die Polizei. ... Schlimmer als die gebrochene Nase seien der Schock und das Entsetzen, dass die Hemmschwelle zur Gewalt so niedrig sei, sagt Ercik. Mittlerweile habe man den beiden Kurden über Umwege wissen lassen, dass sie keinen Wind machen sollten wegen der Geschichte, dass man um ihre Familien wisse und ihren Wohnort herausfinden werde. Für Bingöl und Ercik ist das klar eine Drohung. Der wollten sie sich nicht beugen, deshalb erzählen sie von dieser Busfahrt (*Auszug aus einem Artikel von Sueddeutsche.de*).

Osnabrück: Ein 21-Jähriger befuhr am Montagabend mit einem Fahrrad die Schinkelstraße, als er gegen 22.40 Uhr in Höhe des Wendeplatzes am Jugendzentrum auf eine Personengruppe traf. Die drei Unbekannten, bei denen es sich um zwei Männer und eine Frau (mit einem Hund) handelte, beleidigten, traten und schlugen den dunkelhäutigen Mann. Das Opfer ließ sein Fahrrad und seinen Rucksack zurück, ergriff die Flucht und wurde dabei

von dem Hund verfolgt. Im Bereich eines in der Nähe befindlichen Spielplatzes gelang es dem jungen Mann den Hund abzuwehren. Als er anschließend zurück zum Wendeplatz ging, musste er feststellen, dass sein zweifarbig grauer Rucksack nicht mehr dort, und sein Fahrrad beschädigt worden war. Der Haupttäter wurde als ca. 30 Jahre alt und etwa 1,70 bis 1,80m groß beschrieben. Er war vermutlich türkischer Herkunft, sprach Deutsch mit Akzent und hatte eine kräftige Statur und braune Haare. Bekleidet war der Unbekannte mit einer blauen Jeans und einer Jacke. Die Frau war ungefähr 20 bis 25 Jahre alt und 1,50 bis 1,60m groß. Sie hatte glatte, schulterlange, schwarze Haare und ebenfalls eine kräftige Statur. Sie trug eine schwarze Hose und hatte einen schwarzen Hund bei sich, der dem Opfer bis über die Knie reichte. Der zweite Mann, der sich nicht an dem Geschehen beteiligte, war ca. 20 bis 30 Jahre alt, 1,70m groß und hatte kräftige Statur und braune Haare.

München: Am 17.10.2020, gegen 14:45 Uhr, befand sich ein 26-Jähriger aus Guinea-Bissau in der Kaufingerstraße. Er wirkte aggressiv und alkoholisiert und pöbelte mehrere Passanten an. Dazu trat er gegen einen Hund, der durch den Tritt mehrere Meter weg geschleudert wurde. Mehrere Zeugen alarmierten den Polizeinotruf 110. Sofort wurden mehrere Streifen in die Fußgängerzone geschickt, die den 26-Jährigen antreffen und festnehmen konnten. Er wehrte sich gegen die polizeilichen Maßnahmen und versuchte gegen die Beamten zu treten. Als er sich bei einem Dienstfahrzeug befand, trat er gegen einen Scheinwerfer des Pkw, der dadurch beschädigt wurde. Er wurde wegen eines tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte, eines Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, einer Sachbeschädigung, Körperverletzung und eines Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz angezeigt. Nach der polizeilichen Sachbearbeitung wurde er in die Haftanstalt des Polizeipräsidiums gebracht. Er wird heute dem Haftrichter zur Klärung der Haftfrage vorgeführt.

Augsburg: Ein 13-jähriger Schüler stieg am 19.10.2020 gegen 14.00 Uhr am Theodor-Heuss-Platz aus der Straßenbahnlinie 2 aus und lief von dort weiter in Richtung Bismarckstraße. Im dem westlich gelegenen Park traf er dann im Bereich der Tischtennisplatten auf fünf Jugendliche, die ihn eigenen Angaben zufolge sofort beleidigten. Als er die Pöbeleien ignorierte und stattdessen weiterging, wurde er von der Gruppe umringt und körperlich angegangen. Hierbei zog er sich eine Schürfwunde am Knie und evtl. Prellungen am Oberkörper zu. Die fünf Jugendlichen entfernten sich anschließend in Richtung Rotes Tor. Der Geschädigte beschrieb die Jugendlichen als eher südländisch im Alter zwischen 17 bis 20 Jahren, zwei hatten kurz rasierte Haare; einer dunkle, kurze Locken; drei trugen Jogginghosen, zwei Jeanshosen. Einer trug einen roten Kapuzenpulli, die anderen T-Shirts.

München: Ein 23-Jähriger, der am Samstagabend (17. Oktober) in einer S4 vor dem Haltepunkt Hackerbrücke von einer Frau auf sein Rauchen, das Belästigen von Mitreisenden sowie seine nicht korrekt sitzende Mund-Nasenbedeckung angesprochen wurde, beleidigte und schubste und bespuckte die Zivilcourage zeigende 50-Jährige. Gegen 22:25 Uhr wurde der Bundespolizei eine Schlägerei in der stadteinwärts fahrenden S-Bahn vor bzw. am Haltepunkt Hackerbrücke gemeldet. Ersten Ermittlungen zufolge hatte ein 23-jähriger Syrer in der S-Bahn geraucht und Mitreisende belästigt. Zudem trug er seine Mund-Nasenbedeckung nicht ordnungsgemäß. Als er von einer 50-Jährigen aus Buchholz i.d. Nordheide, Lkr. Harburg (Niedersachsen) auf sein Fehlverhalten angesprochen wurde, quittierte er dies mit verbalen Beleidigungen, schubste und spuckte ihr ins Gesicht. Mehrere Reisende mischten sich ein und verständigten die Polizei. Beim Transport zur und in der Wache am Hauptbahnhof wehrte sich der in Schwabing Wohnende gegen die polizeilichen Maßnahmen. Er schlug um sich und beleidigte die eingesetzten Bundespolizisten verbal. Zudem bespuckte er auch einen der Beamten. Im Gewahrsam schlug er mit seinem Kopf gegen eine Wand und verletzte sich dabei. Daraufhin wurde eine

Unterbringung in eine psychiatrische Anstalt angeregt und später durch die Bayerische Landespolizei umgesetzt. Der mit 1,3 Promille alkoholisierte Syrier reiste 2016 erstmalig ins Bundesgebiet ein. Er ist im Besitz einer Duldung. Gegen ihn wird nun von der Bundespolizei wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Beleidigung ermittelt.

Frankfurt: Ein 24-jähriger Mann aus Büdingen befand sich am Sonntag, den 18. Oktober 2020, gegen 17.05 Uhr, in einer Gruppe von etwa sechs oder sieben Personen auf dem Gehweg der Niddastraße, in Höhe der Hausnummer 76. Innerhalb dieser Gruppe kam es zunächst zu verbalen Streitigkeiten, in deren Verlauf ein bislang unbekannter Täter ein Messer zog und in Richtung des 24-Jährigen stach. Dieser erlitt dabei erhebliche Verletzungen im Bauchraum. Er wurde sofort in ein Krankenhaus verbracht und dort medizinisch versorgt. Der Täter floh, zusammen mit einer weiteren Person aus der genannten Personengruppe, über die Niddastraße, in Richtung der Düsseldorfer Straße. Die Ermittlungen wurden aufgenommen. Zurzeit können keine Angaben zum Hintergrund der Tat gemacht werden. Der Täter wird beschrieben als etwa 20 – 30 Jahre alt, 160 cm groß, dunkelhäutig und schlank. Trug eine schwarze Daunenjacke und eine hellblaue Jeanshose. Rufname (phonetisch) „Akalin“.

Gera: Am Sonntag verließ ein Bahnreisender um 22 Uhr am Bahnhof in Gera-Zwötzen, an der Aallichtstraße, den Zug, um auf seinen Anschlusszug zu warten. Zu dem Zeitpunkt saßen bereits drei Männer am Bahnsteig. Diese versuchten den Reisenden zu provozieren. Dies steigerte sich so weit, dass der Mann von der Dreiergruppe attackiert und sogar mit einer Glasflasche geschlagen wurde. Bei der Abwehr des Angriffs zog sich der 31-Jährige Reisende eine Schnittverletzung an der Hand zu. Die Tätergruppe entkam unerkannt. Zur Beschreibung konnte der Verletzte angeben, dass die drei Flüchtigen südländischen Aussehens und ca. 170 cm bis 175 cm groß waren

sowie 3-Tage-Bärte hatten. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen.

Bonn: Nach der Festnahme eines 36-jährigen Mannes durch ein Spezialeinsatzkommando am Montag (19.10.2020) in Bad Godesberg dauern die Ermittlungen der Bonner Polizei weiter an. Der Mann steht im Verdacht, eine 18-jährige Frau in Belgien in ein Auto gezogen und nach Bonn verschleppt zu haben (siehe dazu die Pressemeldung der Polizei Köln vom 19.10.2020). Bei den weiteren, durch die Bonner Polizei geführten Ermittlungen konkretisierte sich der Verdacht der Freiheitsberaubung und möglicher Sexualdelikte gegen den 36-Jährigen. Er soll die 18-Jährige, mit der er eine Beziehung führt und nach islamischem Ritus verheiratet ist, gegen ihren Willen in eine angemietete Wohnung nach Bonn gebracht und dort vergewaltigt haben. Der 18-Jährigen war es gelungen, ihren Aufenthaltsort Angehörigen mitzuteilen, die die Polizei informierten. Der 36-Jährige, der wie die Geschädigte in Belgien wohnt, soll auf Antrag der Bonner Staatsanwaltschaft wegen des dringenden Tatverdachts der Freiheitsberaubung und der Vergewaltigung heute noch dem Haftrichter vorgeführt werden. Die Ermittlungen zu den Hintergründen und dem genauen Geschehensablauf dauern weiter an.

Chemnitz: Am Stadthallenpark war es zunächst nach einem verbalen Disput zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen zwei Personengruppen gekommen. In deren Folge vier junge Männer (16, 18, 20, 22; alle syrische Staatsangehörigkeit) mit Gegenständen geschlagen und verletzt wurden. Sie kamen zur Untersuchung in Krankenhäuser. Anschließend flüchtete die Gruppe zum Dresdner Platz. Dort kam es erneut zu einer Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten, wobei ein 21-Jähriger (syrische Staatsangehörigkeit) eine Stichwunde erlitt. Danach waren mehrere Personen vom Ort geflüchtet. Polizeibeamte konnten im Rahmen der Tatortbereichsfahndung einen Tatverdächtigen (20, afghanische Staatsangehörigkeit) stellen und vorläufig festnehmen. Weitere Ermittlungen ergaben

zudem Hinweise auf einen mutmaßlichen Mittäter (16), welcher infolgedessen vorläufig festgenommen wurde. Bei der Durchsuchung des Jugendlichen stellten die Beamten ein Messer sicher. Bei dem 16-Jährigen handelt es sich um einen afghanischen Staatsangehörigen. Auf Weisung der Staatsanwaltschaft wurden der 16-Jährige sowie der 20-Jährige nach den ersten polizeilichen Maßnahmen zunächst wieder aus der Dienststelle entlassen. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung aufgenommen. Dabei müssen der genaue Tatablauf sowie die jeweiligen Tatbeteiligungen noch ermittelt werden.

Düsseldorf: Dem Land Nordrhein-Westfalen sind für die Unterbringung von Flüchtlingen in Jugendherbergen seit Mai Kosten von 12,2 Millionen Euro entstanden. Die durchschnittlichen monatlichen Kosten beliefen sich pro Einrichtung auf etwa 436 000 Euro, heißt es in einem Bericht des Flüchtlingsministeriums an den Landtag. ... Die zuständigen Behörden hatten in Jugendherbergen unter anderem Flüchtlinge untergebracht, die zu Risikogruppen gehören – und in Sammelunterkünften eventuell gefährdet wären. Wie aus der Antwort des Ministeriums auf eine Kleine Anfrage der AfD hervor geht, lebten zum Stichtag 30. Juni 621 Asylsuchende in den besagten sieben Jugendherbergen.



Video: Islamaufklärung mit Michael Stürzenberger in Augsburg

Nach der Enthauptung des französischen Geschichtslehrers Samuel Paty durch einen tschetschenischen Moslem in Paris widmet sich die Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa heute von 12 bis 19 Uhr in Augsburg dezidiert mit der immensen Gefahr des politischen Islam für unsere freiheitlich-bürgerliche Gesellschaft. Michael Stürzenberger wird wie gewohnt als Redner auftreten und sicherlich wieder interessante Diskussionen mit Augsburger Bürgern führen. Viel Spaß beim Zuschauen!



Guido Reil: Schluss mit dem ideologischen EU-Wahnsinn!

Der AfD-Europaabgeordneter Guido Reil kann die absurde Behauptung, wonach Frauen vom „Klimawandel“ besonders betroffen wären, anhand seiner eigenen Feldforschungen nicht ganz nachvollziehen. „Ich habe viele Frauen kennen gelernt – die meisten mögen es warm“, so Reil am Donnerstag in einem Statement im EU-Parlament.

Ebenso kann er nicht den anderen Unfug verstehen, mit dem sich das EU-Parlament tagein tagaus beschäftigt: Feministische Außenpolitik – was auch immer das sein soll?! -, Gleichstellung von Mann und Frau in der Außen- und Sicherheitspolitik, geschlechterspezifische Asyl- und Migrationspolitik, etc.

Sein mangelndes Verständnis für diese weltbewegenden Themen, mit denen sich die EU weltweit Respekt und als Supermacht etablieren will, sorgt bei Abgeordneten der linken Fraktionen für irritierte Blicke.



Bundesregierung: Alltagsmasken ungetestet und hochgefährlich!

Sogenannte „Alltagsmasken“, deren Tragen uns von der deutschen Bundesregierung vorgeschrieben wird, sind potentiell gefährlich. Das ergibt eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Norbert Kleinwächter.

Die Frage lautete, welche Erkenntnisse der Regierung bezüglich Ausdünstungen von Mikroplastik und chemischen Stoffen vorliegen.

Da Alltagsmasken von der Regierung als „Bekleidungstextilien“ geführt werden, liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Eine Überprüfung findet ebenfalls nicht statt.

Wir können also davon ausgehen, dass die meisten in Anwendung befindlichen Masken bei ordentlichen Tests keine medizinische Zulassung erhalten würden und damit potentiell eine Gesundheitsgefahr darstellen.



Berlin: Polizei meldet immer mehr Straftaten gegen SPD-Politiker

Von MANFRED ROUHS | Politiker werden immer öfter ein Zielobjekt von Straftaten. Einzelheiten hierzu ergeben sich alljährlich aus der „Lagedarstellung zur politisch motivierten Kriminalität“ der Polizei, die jeweils auf Landesebene erarbeitet wird. In Berlin war es jetzt wieder einmal so weit und die Behörde legte eine aktuelle „Lagedarstellung“ zwar noch nicht der interessierten Öffentlichkeit vor, aber ausgewählten Journalisten. Die „Morgenpost“ berichtet darüber hinter der Bezahlschranke.

Wer in den Wahlkämpfen der letzten Jahre mit offenen Augen in deutschen Großstädten unterwegs war, konnte den Eindruck gewinnen, politisch motivierte Straftaten – insbesondere

Plakatzerstörungen – richteten sich vor allem gegen die AfD. Aber die „Lagedarstellung“ behauptet etwas anderes. Sie sieht die in Berlin mit Linken und Grünen regierende SPD als Kriminalitätsoffer ganz vorn, gefolgt von den bedauernswerten Grünen. Die AfD bildet in deren Landesstatistik der Straftaten gegen Politiker im Jahr 2019 nicht ganz das Schlusslicht, aber sie landet kurz vor den Linken: 62 Mal sieht die Berliner Polizei SPD-Vertreter, 48 Mal Grüne, 46 Mal CDU-Repräsentanten, 40 Mal solche der AfD und 37 Mal Linke als „Ziel von Angriffen“. Weiter weiß die „Morgenpost“ zu berichten: „Insgesamt verzeichnete die Polizei im vergangenen Jahr 239 Fälle von politisch motivierter Kriminalität gegen Mandatsträger.“

Die Zeitung gibt dem parteilosen Innenexperten Marcel Luthe das Wort, der mitteilt, auch er selbst sei bereits ein Ziel von Angriffen geworden. Und der feststellt: „Gewalt kann nie politisch sein, weil der Gewalttäter den politischen Konsens mit seiner Tat verlässt.“

Da hat er zweifellos Recht. Aber sind es wirklich Gewalttaten, denen Vertreter von SPD, Grünen und CDU häufiger ausgesetzt sind als jene der AfD? Oder war womöglich eine kreative Form der Datenerhebung ursächlich für diese Rangfolge?

Darüber gibt der letzte Absatz im Artikel der „Morgenpost“ Auskunft:

„Viele Politikerinnen und Politiker in Berlin berichten auch immer wieder von Attacken im Netz. So bekommt etwa der Linke-Politiker Hakan Tas Hassbotschaften auf Türkisch und Deutsch. Doch häufig bleibt der Hass nicht nur im digitalen Raum. Davon kann der SPD-Politiker Tom Schreiber berichten. Sein Wahlkreisbüro wird regelmäßig attackiert, genauso wie das Büro von Andreas Geisel. Auch June Tomiak von den Grünen berichtet immer wieder von Hassbotschaften im Netz, die sie erreichen. Bei ihr, berichtete sie im vergangenen Jahr, füllen die Beleidigungen mittlerweile Aktenordner.“

So wird ein Schuh daraus: Schreibt irgendein Idiot eine schwachsinnige Hass-Email an einen politischen Repräsentanten der Altparteien, dann füllt der damit einen Aktenordner und läuft zur Polizei, um die Kriminalitätsstatistik aufzuhübschen. Das könnte mancher AfD-Parlamentarier drei Mal am Tag machen, wenn er Zeit dafür hätte und damit öffentliches Gehör finden würde. So wird Statistik gemacht.

Die Verantwortlichen im etablierten Politikbetrieb sollten sich nicht wundern, dass immer mehr Menschen in Deutschland immer lautstärker schimpfen. Sie täten besser daran, die Folgen ihres oft unverantwortlichen Handelns insbesondere im Bereich der Zuwanderungspolitik an der Realität zu überprüfen, statt in kalkuliertes Selbstmitleid zu verfallen.



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.



Buntsprech für Anfänger: „Asylzuwanderer“

Von LEO | Jeder Ideologiestaat entwickelt seine eigene verkorkste Propagandasprache, auch Angela Merkels totale „Bunte Republik“ bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Wer das Buntsprech, die Amtssprache in Merkels Reich, korrekt erlernen möchte, muss wie bei jeder Fremdsprache als erstes Vokabeln pauken – Thor Kunkels gelungenes Buntsprech-Wörterbuch „Das Wörterbuch der Lügenpresse“ ist ja nicht immer zur Hand.

Es gibt allerdings ein paar Eselsbrücken, die das Erlernen von Buntsprech erleichtern. Nehmen wir als anschauliches Beispiel aus unserem Lebensalltag einmal den üblichen Drogenhändler an der nächsten Straßenecke. Der Normalbürger würde diesen Mann schlicht und einfach als einen „nach Deutschland illegal eingedrungenen Ausländer aus einem Staat in Arabien oder Afrika“ einschätzen. Diese ganz sachlich-nüchterne Beschreibung kommt der Wahrheit nämlich am nächsten. Das amtliche Buntsprech allerdings bezeichnet diese Person als einen „Asylzuwanderer“.

Schauen wir uns diesen Begriff einmal näher an:

Gleich am Wortanfang sticht der Begriff „Asyl“ ins Auge, laut Grundgesetz-Artikel 16a, wie jeder weiß, ein Schutz, der „politisch Verfolgten“ gewährt wird, die nicht (!) aus einem EU-Land nach Deutschland eingereist sind. Tatsächlich aber ist der Drogenhändler an der nächsten Straßenecke aus dem EU-Land Österreich eingereist, und politisch verfolgt war er daheim ganz und gar nicht. Wir lernen: In Zeiten der Herrschaft des Unrechts richtet sich natürlich auch das amtliche Buntsprech nach dem Staatsmotto der Bunten Republik. Es gilt: „legal, illegal, scheißegal“.

Wenden wir uns nun dem zweiten Teil des Wortes zu: Laut Buntsprech handelt es sich bei unserem Drogenhändler an der Straßenecke um einen „Zuwanderer“, also eine besondere Unterkategorie des Oberbegriffs „Wanderer“.

Das Wort „Wanderer“ (auf Latein für alle Neunmalklugen: „Migrant“) ist im Buntsprech bekanntlich das übliche Ersatzwort für das in Merkels Reich ausrangierte Wort „Ausländer“. Alle Menschen dieser Erde, sofern es sich nicht um Deutsche oder Touristen handelt, gelten im Buntsprech als „Wanderer“. Diese seltsame Umdeutung von „Ausländern“ zu „Wanderern“ ist ideologisch leicht erklärbar: In der Ideologie des Buntismus gibt es ja keine Staatsgrenzen, also gibt es auch keine auswärtigen Staaten, also gibt es auch keine Ausländer. Alle Menschen dieser Erde sind im Buntismus quasi Nomaden, die, wie seit eh und je die Zigeuner, die lustige Freiheit haben, nach Belieben kreuz und quer umherzuwandern und immer gerade da ihr Lager aufzuschlagen, wo es ihnen am besten gefällt. Wir lernen: Im Buntsprech folgt die Sprache einzig und allein der amtlich vorgegebenen Ideologie.

Die Vorsilbe „Zu-“ vor dem „Wanderer“ hat ebenfalls eine besondere ideologische Bedeutung. Der Normalbürger würde bei einem Wechsel des Wohnsitzlandes von „Auswanderung“ und „Einwanderung“ sprechen, denn das Wort „Zuwanderung“ ist eine sprachliche Kunstschöpfung, die erst vor ein paar Jahren in den Sprachlabors unserer Bunten Republik erfunden wurde.



Dass dieses „Zuwanderung“ künstlich geschaffen werden musste, hat ideologisch seinen guten Grund: Im üblichen „Auswanderung“ und „Einwanderung“ legt das „Aus-“ und „Ein-“ vor dem „Wanderung“ ja nahe, dass es eine Landesgrenze gibt, die der „Wanderer“ bei seiner „Aus-“ und „Ein-reise“ überschreitet,

wie man auch durch eine Zimmertür „aus“ einem Zimmer geht oder in das Zimmer „ein-tritt“. Diese Landesgrenze aber soll sprachlich unsichtbar gemacht werden – im Buntismus gibt es keine Landesgrenzen mehr. Ideologisch konsequent kann es im Buntsprech daher nicht nur keine „Aus-länder“ geben, sondern auch keine „Aus-wanderung“ oder „Ein-wanderung“.

Wie aber nun jenen Drogenhändler an der nächsten Straßenecke ideologiekorrekt bezeichnen, wenn er nicht „ein-gewandert“ sein kann, aber trotzdem offensichtlich nicht von hier ist? Die Lösung des Problems: Da die meisten Ersatzworte ohne „ein-“ und „aus-“, wie zum Beispiel „Hin-wanderer“, „Her-wanderer“ und „Weg-wanderer“, noch verkrampfter klingen, haben sich die buntistischen Wortklauber letztlich für das „Zu-wanderer“ entschieden. Außerdem hat das „Zu-“ noch einen weiteren entscheidenden Vorteil: Es ist nicht nur eine Richtungsangabe wie „hin-“, „her-“ und „weg-“, sondern legt doppeldeutig sogar noch einen Mehrwert nahe: Das „Zu-“ kennen wir ja auch aus „dazu“ im Sinne von „mehr“. Der „Zuwanderer“, so soll uns mit diesem Wort eingetrichtert werden, ist also nicht nur „hergewandert“, sondern er ist darüber hinaus noch eine Art Zugabe zu uns und schafft einen gesellschaftlichen Mehrwert.

Das vollständige sprachliche Bild unseres Drogenhändlers stellt sich laut Buntsprech also wie folgt dar:

Der Drogenhändler an der nächsten Straßenecke ist kein „illegal nach Deutschland eingedrungener Ausländer“, wie man ihn im Normaldeutsch bezeichnen würde, sondern er ist angeblich ein „politisch verfolgter Nomade, der einen gesellschaftlichen Mehrwert schafft“. Genau das ist die insgesamt Bedeutung des Kunstworts „Asylzuwanderer“.

Wir lernen: Alles Lüge!



„Grund für Messer-Attentat von Dresden ist Staatsversagen!“

Hätten die Behörden das Messer-Attentat eines Moslems auf zwei Touristen aus Nordrhein-Westfalen in Dresden vorhersehen und verhindern können? Noch im Juli schätzten Experten die Gefahr, dass IS-Anhänger Abdullah A. H. H. wieder Straftaten begeht, als „hoch“ ein. Sicherheitsexperte und Bestsellerautor („Vorsicht Diktatur“) Stefan Schubert spricht auf RT Deutsch von einem Staatsversagen.



Video-Restream: Coronainfo-

Tour Memmingen, Augsburg & Ingolstadt

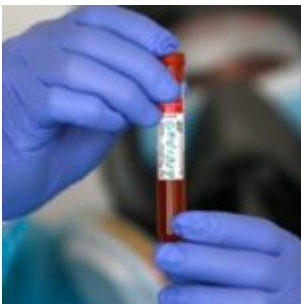
Nach dem „Erholungs-Donnerstag“ mit nur einer Kundgebung in Freiburg (Video hier!) machte die Coronainfo-Tour mit Bodo Schiffmann, Samuel Eckert, Wolfgang Greulich und Ralf Ludwig heute wieder in drei Städten Halt.

Um ca. 11 Uhr ging es los in Memmingen (Video hier), um 15 Uhr in Augsburg (Videos hier und hier) und die Abendveranstaltung mit abschließender Nationalhymne und Handylichtern fand um ca. 18 Uhr in Ingolstadt statt (Video hier).

Aktuelle Infos zu den jeweiligen Tour-Stationen gibt es auf coronainfo-tour.de.

Alle Kundgebungen der Coronainfo-Tour werden LIVE auf dem [dlive](#)-Kanal von Samuel Eckert, aber auch von diversen Youtubern vor Ort übertragen.

Wir wünschen gute Unterhaltung und viel Erkenntnisgewinn!



Wie Politik und Medien die

Wahrheit über Corona-Tests verschweigen

Von STEFAN SCHUBERT | Seit nunmehr zehn Monaten werden 83 Millionen Bürger dieses Landes durch die Corona-Zwangsmaßnahmen drangsaliert. Über 60 verhängte Einschränkungen haben Gerichte deutschlandweit per sofortiger Verfügung wieder aufgehoben. Diese seien schlicht »rechts- und verfassungswidrig«, so lauteten die Urteile. Um den Anschein eines demokratischen Rechtsstaates zu wahren, wird seit Monaten eine perfide Angstkampagne betrieben, die regelrecht Panik verbreitet und dazu die durch PCR-Tests festgestellte Anzahl der »Infizierten« benutzt.

Doch diese Testergebnisse werden nicht vollständig kommuniziert, wichtige Erkenntnisse werden den Betroffenen und der Bevölkerung verschwiegen. Die Quarantäne-Pflicht beispielsweise hätte nach den vorliegenden vollständigen Testergebnissen niemals verhängt werden dürfen.

Ausgangssperren, Maskenpflicht, Berufsverbote, Reisebeschränkungen, Quarantäne, Zensur und Denunziation sind seit Monaten Teil der Repressionen im neu installierten Corona-Staat. Der Bundestagsvizepräsident Kubicki fordert aktuell, was ich bereits seit Monaten, auch in meinem Buch *Vorsicht Diktatur!*, eingefordert habe. Einem regierungskritischen Journalisten wird das, was Monate später nun endlich auch ein Bundestagsvizepräsident anprangert, jedoch als Verschwörungstheorie ausgelegt. So darf laut Grundgesetz weder das Parlament, noch die demokratische Gewaltenteilung permanent ausgehebelt und vorsätzlich übergangen werden. »Wenn wir als Parlament unsere Aufgabe jetzt nicht wahrnehmen, dann hat die Demokratie einen dauerhaften Schaden.

Es ist die Aufgabe des Parlaments, wesentliche Entscheidungen

zu treffen, und nicht die Aufgabe von Regierungsmitgliedern«, lautet der eindringliche Warnruf von Kubicki.

Corona-Diktatur droht dauerhaft installiert zu werden

Auch der Präsident des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, Lars Brocker, fährt schwere Geschütze auf und wirft der Bundesregierung die Installierung eines »Corona-Sonderrechtsregimes« vor.

Dass die Politikelite, wie eine Frau Merkel, ein Herr Söder oder ein Herr Spahn, sich dieser fundamentalen Kritik verweigert und ihr antidemokratisches Wirken trotzdem immer weiter vorantreibt, belegt auch der geplante Ausbau der Sonderrechte für Jens Spahn. Auch dies soll am Parlament vorbei beschlossen werden. Am Wochenende war durchgesickert, dass das Bundesgesundheitsministerium im Eilverfahren die Sonderrechte für Spahn über den 31. März 2021 hinaus verlängern und zudem noch ausbauen will. Dazu soll eine Neufassung des Infektionsschutzgesetzes Spahn dazu ermächtigen, eigenverantwortlich Verordnungen zu erlassen, »soweit dies zum Schutz der Bevölkerung vor einer Gefährdung durch schwerwiegende übertragbare Krankheiten erforderlich ist«, heißt es in dem Entwurf.

0,05 Prozent »Infizierte« klingt nicht dramatisch genug

Als Rechtfertigung für diesen totalitären Corona-Staat führen Politik und Medien vornehmlich den sogenannten Inzidenzwert an. Wenn »50 von 100 000« Einwohnern positiv auf Corona getestet werden, erklärt die Politik das Gebiet kurzerhand zum Risikogebiet und verhängt weitreichende Zwangsmaßnahmen. Die Grenze des Inzidenzwertes 50 ist recht willkürlich von der Politik festgelegt worden, eine wissenschaftliche Rechtfertigung dafür ist nicht bekannt.



Dass dieser Wert nun auch immer öfter auf 35 herabgesetzt wird, ist rational nicht mehr nachvollziehbar, sondern scheint eher dem Ego der Politik geschuldet zu sein.

Die wenigsten Bürger haben sich wahrscheinlich bewusst gemacht, was 50 von 100 000 in der Realität bedeutet. Dieser Wert der »Corona-Positiven« beläuft sich nämlich auf 0,05 Prozent – in einem sogenannten Risikogebiet. Stellen Sie sich einmal vor, in der mit apokalyptischer Freude verbreiteten Schlagzeile »Hamburg hat bei den Corona-Neuinfektionen eine kritische Marke überschritten: Der Inzidenzwert überstieg am Montag die Grenze von 50. Jetzt drohen weitere Einschränkungen« würde anstatt der 50 der Wert von 0,05 Prozent stehen.

Die verbreitete Panik von Politik und Medien würde sich umgehend selbst entlarven und der Lächerlichkeit preisgeben.

Nun nähern wir uns dem entscheidenden Punkt.

Nehmen Sie einen Alkoholttest an, bei dem das Gericht anschließend nicht unterscheidet, ob er bei Ihnen 0,1 Promille oder 2 Promille anzeigt? Die verhängten Zwangsmaßnahmen gegen Sie wären identisch.

Ähnlich verhält es sich mit dem PCR-Corona-Test, der nicht

unterscheidet, ob Sie erkrankt sind, Symptome zeigen, eine stationäre Aufnahme im Krankenhaus benötigen oder vollkommen symptomfrei sind und gesund im Wald joggen können. Wenn das Gesundheitsamt Sie als »Infizierten« einstuft, werden Sie unweigerlich zum Adressaten schwerster Grundrechtseinschränkungen (Quarantäne, Reise- und Berufsverbote etc.). Dazu Ihre Familie meist gleich mit. Nahezu alle Labore wissen dann über den Grad Ihrer Corona-Viruslast genauestens Bescheid und melden dies den Gesundheitsämtern weiter. Das Perfide dabei ist, dass das vollständige Testergebnis den Betroffenen dennoch systematisch und flächendeckend verschwiegen wird. Die Behörden wissen also ganz genau, ob Ihre Viruslast so gering ist, dass man Sie weder als »Infizierten« bezeichnen kann, noch, dass eine Gefahr von Ihnen als Virusverbreiter besteht. Dieser Ct-Wert entsteht automatisch bei jedem PCR-Test und liegt allen Laboren ohne jegliche weitere Testungen vor. Der Ct-Wert ist der Hauptbestandteil des Tests, denn er zeigt an, wie viele Runden die PCR laufen muss, bis der hochsensitive Test einen positiven Corona-Befund ergibt. So ist es mittlerweile wissenschaftlich unbestritten, dass ein Ct-Wert von 10–15 auf eine hohe Viruslast hinweist, aber ein Ct-Wert von mehr als 30 als unbedenklich gilt. Viele Labore stoppen die Analyse aber nicht bei 30, sondern führen diese bis zu einem Ct-Wert von 40 durch.



Selbst in der *New York Times* werden diese Zusammenhänge nun offen eingeräumt: »Für Aufsehen sorgte in dieser Woche ein Artikel in der ›New York Times‹, der berichtete, dass Testdaten aus Nevada, Massachusetts und New York nahelegen, dass bis zu 90 Prozent der PCR-Tests so hohe Ct-Werte zeigen, dass die Patienten kaum noch Viren hatten. Der Epidemiologe Michael Mina von der Harvard Universität plädiert deshalb dafür, den Ct-Grenzwert auf 30 festzulegen.«

Selbst in der regierungskonformen *Süddeutschen Zeitung* findet man einen entsprechenden Artikel. Dort heißt es: »Ob jemand trotz eines positiven Corona-Tests nicht mehr ansteckend ist, kann der sogenannte Ct-Wert zeigen. Dieser Laborwert gibt an, wie viele Zyklen ein PCR-Test durchlaufen musste, um ein positives Ergebnis zu zeigen. Je höher der Wert, desto weniger Virusmenge ist vorhanden. Bei Proben mit viel Virusmaterial schlägt der Test oft schon nach 15 Ct-Runden an. Ab etwa 30 Runden findet sich in der Regel aber kein Virus mehr, das vermehrungsfähig wäre (...) Der Reiserückkehrer Traxel hatte bei seinem Test im September einen Ct-Wert von 40, einen der höchstmöglichen überhaupt. Sein Gesundheitsamt im Rhein-Erft-Kreis zeigte sich davon jedoch unbeeindruckt. Obwohl er das Amt darauf hingewiesen habe, dass er im März schon erkrankt war, ordnete es erneut eine zehntägige Isolation an. Seine Freundin musste als enge Kontaktperson trotz negativem Corona-Test ebenfalls 14 Tage in Quarantäne. ›Ich verstehe das nicht‹, sagt Traxel.«

Was in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist – in vielen Krankenhäusern arbeiten Ärzte und Krankenschwestern mit einem positiven Corona-Test weiter, wenn der Ct-Wert höher als 30 liegt. Dies bestätigt der Virologe Dittmer aus Essen, der angibt, dass Ärzte mit einem hohen Ct-Wert und einem

zusätzlichen Antikörpertest als gesund betrachtet und entsprechend weiter praktiziert hätten.

Das Robert-Koch-Institut verzeichnet in seinen Lagemeldungen für Deutschland 2020 die Summe von rund 20 Millionen Tests und kommt so auf eine Anzahl von knapp 380.000 »Positiv-Getesteten«. Wie viele Zehn- oder Hunderttausende willkürlich trotzdem mit Zwangsmaßnahmen drangsaliert wurden, ist nicht bekannt. Durch das Beherbergungsverbot zur Herbstferienzeit, was mittlerweile in den meisten Fällen als rechts- und verfassungswidrig von Gerichten aufgehoben wurde, waren Hunderttausende vollkommen gesunde Menschen gezwungen, sich und ihre Familien testen zu lassen. Wie viele Bürger dann als »Infizierte« eingestuft wurden, trotz eines widerlegenden Ct-Wertes, ist nicht bekannt. Die Bundesregierung, das Robert-Koch-Institut und die Gesundheitsämter verweigern den Bürgern in vielen Fällen ihre vollständigen Resultate. Medizinische oder organisatorische Gründe gibt es dafür nicht. Eines hingegen wird nun immer deutlicher: Die Zwangsmaßnahmen für Millionen Menschen hätten nach den vollständigen Testergebnissen niemals verhängt werden dürfen.

Bestellinformationen:

» Stefan Schubert: *Vorsicht Diktatur!*, 320 Seiten, 22,99 Euro – **hier** bestellen!

» Brigitte Hamann: *Pandemie – gefährdet eine Seuche die Welt?*, 330 S., 19,99 Euro – **hier** bestellen!

(Dieser Beitrag ist zuerst bei KOPP Report erschienen).



Ein Corona-Einwurf

Von WOLFGANG HÜBNER | Ich sage zum wiederholten Male: Ich halte nichts von „Verschwörungstheorien“ jeglicher Art, auch nicht im Fall von Corona. Mein wichtigstes Argument: Je größer und auch noch internationaler eine „Verschwörungstheorie“ ist, desto größer auch die Gefahr ihrer Aufdeckung durch undichte Stellen oder erfolgreiche Nachforschungen. Und Corona ist wahrlich eine große und internationale Sache.

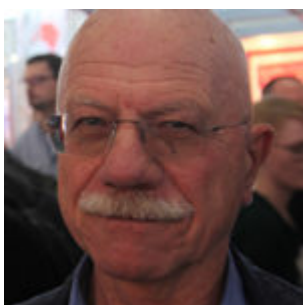
Deshalb werde ich nicht müde zu empfehlen, mit diesem tückischen, aber nicht massenmörderischen Virus leben zu lernen. Also die besonders gefährdeten Menschen so gut es geht zu schützen. Und das gesellschaftliche Leben der anderen, insbesondere der Kinder, der jungen, jüngeren und gesunden älteren Menschen nicht über die Maßen zu beeinträchtigen. Das aktuelle Infektionsgeschehen, das nun sogar den Gesundheitsminister erwischt hat, bestätigt mir diese Auffassung.

Trotz tiefer Argwohn gegenüber „Verschwörungstheorien“ wächst jedoch immer mehr der Verdacht in mir, dass Corona und die nicht nur in Deutschland betriebene Hysterisierung der Virusangst geradezu ideal in politische und ökonomische Konzepte passt, die auf totalitäre, bürgerfeindliche Veränderungen in der Welt zielen. Ein wichtiger Anhaltspunkt für diesen Verdacht ist die Präsidentschaftswahl in den USA: Wenn der von vielen mächtigen Kreisen so verhasste jetzige US-Präsident Donald Trump am 3. November an einem geistig wackligen, extrem erholungsbedürftigen Greis scheitern sollte,

der ganz offensichtlich die politische Marionette bestimmter Kreise ist, dann nur wegen Corona. Und zwar nicht deshalb wegen Corona, weil Trump in dieser Beziehung einige Fehler, aber auch vieles richtig gemacht hat. Sondern weil die Seuche die wirtschaftliche Erholung in den USA völlig zerstört hat.

Und im Blick auf Deutschland muss festgestellt werden, dass der große und einzige politische Corona-Profiteur die Unionsparteien CDU/CSU sind, darunter auch das Comeback der ausgelaugten Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Verlierer aber sind viele Millionen Deutsche, die um ihre berufliche Existenz bangen und ihre Lebensqualität einbüßen. Ökonomisch profitieren die Digitalkonzerne und Handelsriesen, ganze Branchen sind hingegen vom Untergang bedroht. Was aber am Schlimmsten ist: Die Verwandlung einer recht freiheitlichen Gesellschaft in eine panikversetzte Angst-, Misstrauens- und Denunziationsgesellschaft.

Jeder Kriminalpolizist, der ein Verbrechen aufzuklären hat, wird sich stets eine Frage stellen müssen: Wer profitiert von diesem Verbrechen, welche Motive können den Täter angetrieben haben? Wenn Corona tatsächlich eine sozusagen natürliche Katastrophe ist, dann kann nur der Umgang mit dieser kritisiert werden. Wenn Corona jedoch ein Menschheitsverbrechen ist, aus welchen Motiven und von woher auch immer ausgegangen, dann muss festgestellt werden, wer davon bedeutende politische und ökonomische Vorteile erzielt. Und wer diese hat, ist bis zum Beweis der Unschuld zumindest verdächtig.



PI

-

NE

WS

-

Au

Hübner auf der Buch-
messe 2017 in Frankfurt.

to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
s
ch
re
ib
t
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu

de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
.

De
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr

an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r

*ni
ed
er
. De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
s
ei
ne
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re*

ic
hb
ar
.